

Rainer Dahlem
Landesvorsitzender

Karlsruhe, 26. Januar 2007

**Rede bei der Studierendendemonstration
am 26. Januar 2007 in Karlsruhe**

Liebe Studierende, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich überbringe euch zu eurer Kundgebung gegen Studiengebühren die solidarischen Grüße der 41.400 Mitglieder der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg.

Bevor ich heute nach Karlsruhe gekommen bin, habe ich noch einen kurzen Blick auf die Internet-Seite des baden-württembergischen Wissenschaftsministers Prof. Dr. Peter Frankenberg geworfen. Dort steht Folgendes zu lesen:

„Mein hochschulpolitisches Credo lautet: Mehr Qualität in Studium, Lehre und Forschung durch mehr Wettbewerb der Hochschulen und gestaltende Autonomie. Mit dem neuen, wesentlich schlankeren Landeshochschulgesetz und der Einführung von Studiengebühren sind wir diesem Ziel in Baden-Württemberg einen großen Schritt näher gekommen. Auch künftig werden wir unsere Position auf den internationalen Bildungsmärkten durch konsequente Fortführung der Hochschulreform weiter verbessern. Gerade auch die Föderalismusneuordnung bietet unseren Hochschulen die Chance, sich zu profilieren und für die Zukunft zu rüsten. Mein Amt gibt mir die Möglichkeit, diese Entwicklung aktiv zu unterstützen.“

Um einen klaren Kopf für meine herausfordernde Tätigkeit zu bewahren, tanke ich beim Waldlauf Energie. Mit meiner Frau gehe ich abends gerne in die Oper oder ins Konzert und erhole mich bei Bergwanderungen im Gebirge.“

So so, Herr Frankenberg – die Qualität von Studium, Lehre und Forschung wollen Sie verbessern. Die Frage allerdings ist, ob Studiengebühren dafür ein geeignetes Mittel sind.

Unsere Antwort ist klar: Wir halten Studiengebühren nicht für geeignet, die Qualität des Studiums und der Lehre zu verbessern und den Anteil der Studierenden zu halten, geschweige denn zu erhöhen. Deshalb unterstützt die GEW Baden-Württemberg den Protest der Studierenden. Ich will im Folgenden die drei zentralen Gründe gegen Studiengebühren nennen:

1. Die Spatzen pfeifen es mittlerweile von den Dächern, dass in keinem vergleichbaren Staat der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg so eng ist wie in Deutschland.

Mit anderen Worten: In keinem anderen Land klaffen Anspruch auf Chancengleichheit und Realität so weit auseinander wie bei uns. Wenn dann die Regierungen keine anderen Ideen zur Lösung dieses Problems haben als Studiengebühren einzuführen, dann finde ich, dass dies ein Armutszeugnis erster Klasse ist.

Tatsache ist auch, dass der Anteil der Kinder aus sozial schwächeren Familien an der Gesamtzahl der Studierenden in den letzten Jahren nicht zu, sondern abgenommen hat.

Tatsache ist auch, dass gerade bei einkommensschwächeren Schichten die Angst vor Verschuldung größer ist als bei einkommensstärkeren Familien. Deshalb muss damit gerechnet werden, dass die Einführung von Studiengebühren die Selektion verschärfen wird und nicht mehr, sondern weniger Kinder ein Hochschulstudium beginnen werden.

Das heißt, dass das von der Bundesregierung formulierte Ziel, dass 40 % eines Altersjahrgangs studieren, in noch weitere Ferne rückt. Dabei weiß inzwischen jedes Kind, dass wir in

Zukunft nicht weniger, sondern mehr bestqualifizierte Menschen in unserem Land brauchen.

2. Es ist absolut noch nicht geklärt, dass die Studiengebühren auch tatsächlich der Verbesserung der Lehre zugute kommen. Es gibt nicht nur Befürchtungen, sondern konkrete Hinweise darauf, dass die Hochschulen die Gebühren für alles andere verwenden, nur nicht für die qualitative Verbesserung der Lehre.

Minister Frankenberg behauptet, dass wir auch künftig unsere Position auf den internationalen Bildungsmärkten durch konsequente Fortführung der Hochschulreform weiter verbessern werden.

Ich sage, Bildung ist keine Ware und Studierende sind keine Kunden. Bildung ist ein Grundrecht, auf das alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft und dem Geldbeutel ihrer Eltern einen grundgesetzlich garantierten Anspruch haben.

3. Die Einführung der Studiengebühren fällt in eine Zeit, in der die normalen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland in mehrfacher Hinsicht belastet werden. Mehrwertsteuererhöhung, Wegfall der Pendlerpauschale, Gesundheitsreform – um nur einige Beispiele zu nennen. Die Einführung von Studiengebühren wird die soziale Schieflage weiter verschärfen. Die normalen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden geschröpft, während auf der anderen Seite Löhne und Gehälter natürlich nicht in gleichem Umfang steigen.

Von den jungen Menschen erwartet man in diesem Lande, dass sie sich bereits während ihres Studiums verschulden, dass sie nach Abschluss ihres Studiums flexibel genug sind, um irgendwo in der Welt einen befristeten Arbeitsvertrag – am besten ohne tarifliche Absicherung – zu unterschreiben, dass sie dann auch noch möglichst früh eine Familie gründen und

Kinder in die Welt setzen, damit der Geburtenrückgang gestoppt wird.

Verschärft wird die Situation dadurch, dass in den nächsten Jahren mehr Studierende an die Hochschulen kommen, gleichzeitig aber nicht ausreichend neue Studienplätze geschaffen werden. Daran ändert auch der hoch gelobte Solidarpakt nichts.

Die Hochschulen werden also künftig verstärkt von der Möglichkeit Gebrauch machen, den Numerus clausus einzuführen bzw. über die Auswahl von Studierenden jungen Menschen den Zugang zu den Hochschulen zu verweigern.

Ich halte dies für skandalös.

Deshalb setzt sich die GEW nicht nur gegen Studiengebühren ein, sondern wir unterstützen den Boykott der Studierenden, auch wenn wir wissen, dass diese politische Aktion nicht ganz ohne Risiko für den Einzelnen ist.

Nun hat mir der baden-württembergische Wissenschaftsminister vor einigen Tagen einen Brief geschrieben. Darin heißt es:

“Sehr geehrter Herr Dahlem, mit Verwunderung habe ich zur Kenntnis genommen, dass Sie den Boykott der Studiengebühren unterstützen und die Studierenden dazu auffordern, die Studiengebühren auf ein Treuhandkonto zu überweisen.

Die Einführung der Studiengebühren wurde nach einer breiten öffentlichen Diskussion vom Landtag als Gesetz beschlossen. Die Befolgung von Gesetzen steht in keinem Rechtsstaat zur Disposition Betroffener. Mit Ihrem Aufruf stellen Sie sich auf die Seite des Rechtsbruchs. Außerdem muss sich die GEW mit ihrem Aufruf zum Boykott ordnungsgemäß beschlossener Gesetze nach ihrem Demokratieverständnis fragen lassen.“

Ich sage dem nicht sehr geehrten Herrn Frankenberg:

Weder die GEW noch die Studierenden brauchen Nachhilfeunterricht in Sachen Demokratie. Ein Gesetz wird dadurch nicht besser und schon gar nicht gerechter, wenn es vom Landtag ordnungsgemäß beschlossen worden ist.

Deshalb halten wir den von den Studierenden organisierten Boykott für zulässig und legitim. Wie anders sollen sich Betroffene auch in einer Demokratie zur Wehr setzen?

Anstatt den Exmatrikulationsknüppel zu schwingen sollte Herr Frankenberg dafür sorgen, dass dieses Gesetz so schnell wie möglich außer Kraft gesetzt wird. Ich rate Herrn Frankenberg außerdem, sich einmal ernsthaft zu informieren, in welchen Verhältnissen eine ganz normale Arbeitnehmerfamilie heute lebt und wie bei normalen Familien scharf gerechnet werden muss, um den Kindern die bestmögliche Ausbildung zukommen zu lassen. Für Opernbesuche und Wanderungen in der idyllischen Bergwelt bleibt in der Regel nämlich nicht viel übrig.

Ich hoffe und wünsche, dass es gelingt, an einigen baden-württembergischen Hochschulen das Quorum zu erreichen, damit der Boykott erfolgreich wird.

In diesem Sinne wünsche ich uns viel Erfolg.